

## Anfragen zum Plenum in der 50. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele externe IT-Betreuer an Schulen werden vom Freistaat Bayern gefördert und wie viele Lehrkräfte haben wie viele Anrechnungsstunden für die Systembetreuung zur Verfügung (bitte nach Schularten getrennt ausweisen)?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Zusammenhang das angekündigte Konzept Smart Bavaria im Einklang mit den Maßnahmen im Bereich der digitalen Verwaltung des Investitionsprogramms BAYERN DIGITAL steht, konkret welche Verwaltungsdienstleistungen digital und mobil angeboten werden sollen und ab wann diese Online-Dienste bereitstehen werden?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind gegenwärtig die Investitionsbedarfe bzw. der entsprechende Investitionsstau der Kommunen in Bayern (bitte nach inhaltlichen Bereichen und nach Regierungsbezirken ausdifferenzieren), wie hoch ist gegenwärtig der Schuldenstand der Kommunen in Bayern einschließlich der kommunalen Eigenbetriebe und Unternehmen (bitte nach Regierungsbezirken ausdifferenzieren) und wie haben sich diese Zahlen jeweils in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Nachdem derzeit in Bayern Gasleitungen verlegt, wie z. B. die MONACO-Leitung, oder geplant werden, wie z. B. in Bayerisch-Schwaben, wozu dem landwirtschaftlichen Wochenblatt vom 02.12.2019 unter der Überschrift „Gasleitung in Schwaben geplant“ entnommen werden kann, dass die Erkundungstrupps der neuen Erdgasfernleitung zwischen Wertingen im Landkreis Dillingen und Kötz im Landkreis Günzburg bereits unterwegs sind, um den Bau und die Inbetriebnahme für das Jahr 2022 sicherzustellen, wobei die Öffentlichkeitsarbeit aber erst in naher Zukunft Informationsveranstaltungen in betroffenen Gemeinden plant, frage ich die Staatsregierung, welche genauen Rechtsgrundlagen die Entschädigung für z. B. Dienstbarkeiten, Flurschäden, Aufwuchsschäden, Drainagen, Bodenschutz oder auch bei nicht unbedingt vorhersehbaren Schäden aufgrund von plötzlicher Witterungsänderungen etc., die den Landwirten hierbei entstehen,

---

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

regeln, wie hoch (unter Angabe des Haushaltstitels) die hierfür gebildeten Rückstellungen im Haushalt insgesamt sind, wie viel Prozent der Gesamtsumme der angemeldeten Ansprüche auf Entschädigung für Schäden beim Bau der MONACO-Erdgasfernleitung von Burghausen nach Finsing die Anspruchsteller bis heute erhalten haben?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts von Medienberichten über ein am 30.11.2019 in Schwandorf geplantes Rechtsrockkonzert frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über die veranstaltende Gruppe „Bollwerk Oberpfalz“ vorliegen, welche rechtsextremen Bands bei diesem Konzert auftreten sollten und in welcher Gaststätte in Schwandorf die Veranstaltung stattgefunden hat.

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden von der DB Regio aktuell nicht die von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) für den Freistaat bestellten Regionalverkehrsleistungen erbracht, wie verteilt sich diese Untererfüllung auf die verschiedenen Leistungen und was haben BEG und das zuständige Staatsministerium bisher konkret dagegen unternommen (bitte mit konkreten Angaben zu den nicht erbrachten, aber vereinbarten Leistungen inklusive Zeitraum bzw. Vertragszeitraum)?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer ist für die Kontrolle der Rückkehrpflicht von Mietwagen gemäß § 49 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) zuständig, wie viele Kontrollen wurden im letzten Jahr durchgeführt, welche Ergebnisse hatten diese Kontrollen?

**Michael Busch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht die Staatsregierung zur Protonentherapie, warum muss das Rinecker Proton Therapy Center (RPTC) in München schließen und was unternimmt die Staatsregierung, damit diese Therapieform den bayerischen Patientinnen und Patienten auch in Zukunft wohnortnah zur Verfügung steht?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nach dem Erlass der neuen Gebührenregelung seitens der Staatsregierung frage ich, warum rückwirkend ab dem 01.09.2016 Gebühren bei der Unterbringungen von Flüchtlingen in allen Formen der staatlichen Unterkünfte (ANKER-Einrichtungen, staatliche Gemeinschaftsunterkünfte und dezentrale Unterkünfte) erhoben werden sollen, trifft es zu, dass die für das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zuständigen Sozialbehörden die Übernahme der Unterkunftsgebühren in der Regel ablehnen und welche weiteren Bundesländer verlangen nach Kenntnis der Staatsregierung Unterkunftsgebühren für die Unterbringungen in allen Formen der staatlichen Unterkünfte verlangen?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden aus Bayern im Rahmen der Sammelabschiebung nach Afghanistan am 03.12.2019 abgeschoben (bitte einzeln die Aufenthaltsdauer in Deutschland, rechtskräftig verurteilte Straftäter sowie die Straftaten und Strafmaße und Personen, die gearbeitet oder einen Ausbildungsplatz hatten und die Zahl der anwaltlichen Vertretungen

auflisten), warum wurden Personen überhaupt in den konkreten Abschiebevorgang genommen, wenn es doch unmittelbare Gründe gibt, weshalb sie nicht abgeschoben werden sollten (siehe die Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Gülseren Demirel in der 26. KW 2019 Drs. 18/2752: die Abschiebung erfolgt nach einer „Gesamtbeurteilung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls“), warum wurde am 03.12.2019 gegen die Vorgaben des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (StMI) an die Ausländerbehörden verstoßen (Personen, die in den Pflegeheimen eine Ausbildung absolvieren, sollen nicht abgeschoben werden, so das StMI an die Ausländerbehörden. Demnach seien unbescholtene in der Pflege tätige Personen nicht abzuschicken, weil ihre Tätigkeit im öffentlichen Interesse sei.) indem ein unbescholtener 22-jähriger Pflegeschüler aus Afghanistan aus der Altenpflegeschule Erlenbach, Kreis Miltenberg, direkt aus dem Unterricht heraus abgeholt wurde (bitte die allgemeine Position der Staatsregierung zu Abschiebungen aus Schulunterricht darlegen)?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Kenntnis von der Anzahl der Personen in Bayern, über die der Vertrauensanwalt der deutschen Botschaft in Ankara (am 17.09.2019 festgenommen) über Informationen verfügte, wie möchte die Staatsregierung für die Sicherheit dieser Personen sorgen (da die Informationen zu den Personen nun der türkischen Regierung vorliegen) und nach der Verhaftung von [REDACTED] in der Türkei und den Informationen des Bundeskriminalamts als Teil einer Anklage gegen sie, frage ich, wie viele Rechtshilfesuche aus der Türkei der Staatsanwaltschaft vorliegen (bitte die Position und das Vorgehen der Staatsregierung in Bezug auf die schwierige Rechtslage in der Türkei darlegen)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unternehmen sich im Landkreis Hof im Zeitraum 2010 bis 2018 niedergelassen haben, wie viele Unternehmen Invest in Bavaria am Standort Hof seit seiner Gründung beraten hat und in wie vielen Fällen daraus eine Unternehmensansiedlung bzw. -erweiterung resultierte?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem bei einem Treffen der Vereinigung „Land schafft Verbindung“ offensichtlich seitens Ministerpräsident Dr. Markus Söder zugesagt wurde, dass die roten Gebiete neu abgegrenzt werden und die Herbstdüngung wieder ermöglicht werden soll, was wurde bisher bezüglich der notwendigen Neuabgrenzung der roten Gebiete unternommen bzw. erreicht, wie wird gewährleistet, dass der Anteil der roten Gebiete durch die Neuabgrenzung nicht sogar noch ansteigt und was wurde bislang unternommen, um eine sinnvolle und nachhaltige Herbstdüngung nach dem tatsächlichen Pflanzenbedarf auch künftig zu ermöglichen?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Nachdem im September 2018 Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei einem Ortstermin in Langensendelbach persönlich versprach, man „kümmere“ sich um die Staatsstraße St 2242, die zwischen Effeltrich und Langensendelbach verläuft und sich in der Tat in einem bedenklichen Zustand befindet, frage ich die Staatsregierung, welches der derzeitige Stand der Planungen des Staatlichen Bauamts Bamberg ist (bitte unter Angabe der bereits abgeschlossenen Planungen, der noch umzusetzenden Planungsschritte, eventueller Verzögerungsgründe sowie mit Bezugnahme auf die nötigen Grunderwerbsverhandlungen), bis zu welchem Zeitpunkt die Staatsregierung denkt, dass die umfassenden Sanierungs-, Begradigungs- und Fahrradwegebauarbeiten, für die sich der Ministerpräsident auch persönlich eingesetzt hat, beginnen können und inwiefern die Staatsregierung eine Weiterführung der Straßenverbesserungen und des Fahrradwegs entlang der Staatsstraße von Effeltrich in Richtung Kunreuth und von Langensendelbach in Richtung Adlitz ebenfalls zu vergleichbaren Bedingungen für die betroffenen Gemeinden in Erwägung zieht?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Staatsregierung in der „Klimaschutzoffensive - Maßnahmenpaket“ mit Stand vom 18.11.2019 ankündigte, unter dem Punkt „1. Wald“ in den kommenden fünf Jahren 30 Mio. neue Bäume im Staatswald in Bayern pflanzen zu wollen, dazu frage ich die Staatsregierung, wie viele Bäume plante sie ohne die „Klimaschutzoffensive“ in den nächsten Jahren zu pflanzen (bitte unter Angabe des Jahres und des Regierungsbezirks), wie viele Bäume werden gesichert zusätzlich durch die „Klimaschutzoffensive“ für Bayerns Wälder hinzukommen (bitte unter Angabe des Jahres und des Regierungsbezirks) und wie viele der in den Jahren 2015 bis 2019 abgängigen Bäume werden hierdurch voraussichtlich tatsächlich ersetzt werden können (bitte unter Angabe des Jahres, des Regierungsbezirks und der Anzahl der abgängigen Bäume)?

**Markus (Tessa) Ganserer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

In Anbetracht der Tatsache, dass das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) auf dessen Website auf ein Interview mit Prof. Dr. Sabine Walper (Deutsches Jugendinstitut München – DJI) verweist, in dem aus wissenschaftlicher Perspektive Familie auch in gleichgeschlechtlichen Konstellationen definiert wird, darüber hinaus allerdings keinerlei sichtbare Inhalte für Regenbogenfamilien auf der Website des StMAS zu finden sind, außerdem die Häufigkeiten von Regenbogenfamilien in Deutschland steigen und gleichzeitig eine Zunahme homophober Gewalttaten festzustellen ist, frage ich die Staatsregierung, ob und welche Maßnahmen geplant sind, um entsprechende Familien in Bayern zu schützen und zu unterstützen?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) in ihren Hochrechnungen bis 2021 von steigenden Antragszahlen bis zu 4,5 Prozent in der Psychosomatik ausgeht und die Klinik Buching nahezu zu 100 Prozent ausgelastet ist, frage ich die Staatsregierung, ist der Fall der geplanten Klinikschließung in Buching der Staatsregierung bekannt, welchen Einfluss hat die Staatsregierung, um diese Schließung und damit die Aufgabe von dringend benötigten Rehabetten in der Psychosomatik abzuwenden und wäre ein Trägerwechsel zum Erhalt der Klinik eine Option?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sich das Konzept „Schule fürs Leben“ im Rahmen der geplanten Projektmodule Alltagskompetenz und Lebensökonomie von dem Leitfaden „Alltagskompetenz und Lebensökonomie“ des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) unterscheidet, wann dieses zur Behandlung dem Landtag vorgelegt werden soll und im Rahmen welcher Unterrichtsfächer die verpflichtenden Projektmodule Alltagskompetenz und Lebensökonomie stattfinden sollen (bitte aufschlüsseln nach Schulart, Jahrgangsstufe und Umfang)?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Beträgen (Ist) wurde in den letzten 20 Jahren jeweils jährlich in der TG 75 des EPl. 15 mit Zuweisungen, Zuwendungen etc. die Kunst- und Geschichtsdenkmäler (Erhalt, Sanierung etc.) in Bayern gefördert, welche Beträge (Ist) standen in dieser Titelgruppe in diesem Zeitraum jeweils jährlich für die Erhaltung und Sicherung staatseigener Kunst- und Geschichtsdenkmäler zur Verfügung und hält die Staatsregierung die für beide Aufgaben derzeit dieser Titelgruppe zur Verfügung stehenden Mittel für ausreichend, um dem Schutz der Kunst- und Geschichtsdenkmäler in Bayern gerecht zu werden?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nach Bekanntgabe durch das Landratsamt Landsberg am Lech der Messergebnisse des Probenstandorts VB 22 (Untermühlhausen) vom 11.09.2019 auf PFC mit einer Belastung von 0,2µg/l PFOS, frage ich die Staatsregierung, welcher ursprünglich gemessene Wert aus der Reihe PFC zur Abschaltung der Trinkwassernutzung der Quelle VB 22 in Untermühlhausen im Jahr 2013 führte (bitte um Angabe aller gemessenen PFC-Werte an der Entnahmestelle VB 22), wie sich die Werte in den fünf Jahren davor darstellten und ob die Staatsregierung angesichts der Trinkwasserbelastungen die Finanzierung eines für die betroffene Bevölkerung kostenfreien freiwilligen Blutuntersuchungsprogramms auf PFC einzurichten plant?

- Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Planungsstand der Kooperation zwischen der Technischen Universität München und der Central European University in Budapest (bitte genaue Projekte, Kooperationsziele, Fördermittel, Anzahl der Professorenstellen angeben), inwieweit sind der Staatsregierung die Äußerungen der ungarischen Regierung bekannt, die der bayerischen Seite die Verantwortung dafür geben, dass die angestrebte Kooperation noch nicht zustande gekommen ist und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die Kooperation voranzutreiben?
- Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wann wird die Studie „Eintragspfade, Vorkommen und Verteilung von Mikroplastik in bayerischen Gewässern sowie Auswirkungen auf aquatische Organismen“ nach ihrer endgültigen Fertigstellung vorgestellt, werden in dieser Studie auch die Mikroplastikeinträge aus Direkteinleitern (Industrie- und Gewerbebetriebe) untersucht und was sind die in der UMSICHT-Studie 25 Prozent fehlenden Hauptquellen primären Mikroplastiks (Seite 10 der Studie)?
- Alexandra Hiersemann**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele abhängig Beschäftigte in Bayern erhalten derzeit zusätzlich zu ihrem Erwerbseinkommen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II), wie hat sich nach Kenntnis der Staatsregierung seit 2010 die Zahl der Beschäftigten entwickelt, die mehr als einer Beschäftigung im Sinne einer Erwerbstätigkeit nachgehen und wie bewertet die Staatsregierung diese Entwicklung (bitte nach Vollzeit und Teilzeit sowie nach sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten sowie nach Geschlecht und Alter differenzieren, zudem absolute und relative Werte sowie die jüngst verfügbaren Daten angeben)?
- Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, welche Formen der allgemeinen Nutzbarkeit für sie aus der Formulierung „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen“ in Art. 161 Abs. 2 der Verfassung grundsätzlich möglich erscheinen, in welchen Fällen im Zeitraum 2010 bis 2018 der Art. 161 Abs. 2 der Verfassung Anwendung gefunden hat und wie er in diesen Fällen umgesetzt wurde?
- Christian Kligen**  
(AfD) Ich frage die Staatsregierung, welche Daten (bitte tabellarisch aufführen) zum Thema Makrozoobenthos (MZB) in bayerischen Fließ- und Stillgewässern liegen ihr vor und wie ist deren Aktualität?
- Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachdem bei Notschlachtungen außerhalb eines Schlachthofes Anlage 8 zu EG Nr. 853/2004 § 12 Abs. 1 ausgestellt werden muss, frage ich die Staatsregierung, wurden in Bad Grönenbach diese Formulare für die dort durchgeführten 180 Notschlachtungen rechtskonform ausgestellt, durch wen wurden die Formulare ausgestellt und wo sind die Formulare einsehbar?

---

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen die Gebührenabrechnungsstellen Bescheide für Unterkunftsgebühren sowohl zu den Konditionen für den Zeitraum bis August 2016 als auch neue Bescheide für den Zeitraum von September 2016 bis heute ausstellen und verschicken, mit welchen Folgen die Betroffenen bei der Einreichung der so gesplitteten Bescheide bei den zuständigen Sozialbehörden rechnen können und wie die Staatsregierung auf den erhöhten Arbeitsaufwand reagieren will?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Im Rahmen einer Pressekonferenz vom 25.11.2019 zum „Zukunftsforum Automobil“ wurde seitens des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder ein Maßnahmenpaket mit einem Volumen von 300 Mio. Euro für die Automobilindustrie versprochen, weswegen ich die Staatsregierung frage, wie diese finanziellen Mittel verteilt werden sollen, welche Erwartungen an das Maßnahmenpaket gestellt werden und welche Rolle dabei autonomes Fahren spielt?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob Schülerinnen und Schüler indischer Abstammung anlässlich des Lichterfestes Diwali von der Schulpflicht befreit werden können, wenn nein, wie ist dies begründet und an welchen Feiertagen können Kinder der jeweiligen Religionsgemeinschaften befreit werden (bitte auflisten)?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie von der Bundesagentur für Arbeit zunächst ein Weisungsentwurf vom 27.11.2019 für die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz-IV-Sanktionen vorlag, welcher die für verfassungswidrig erklärte Sanktionierung von über 30 Prozent der SGB II-Leistungen (SGB = Sozialgesetzbuch) dennoch ermöglichte (vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/hartz-iv-bundesverfassungsgericht-kuerzungen-sanktionen-1.4698013>) und daraufhin eine korrigierte Weisung vom 03.12.2019 veröffentlicht wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Stellungnahme sie im Rahmen des Weisungskonsultationsverfahrens der Bundesländer in dieser Sache an den Bund abgegeben hat, wie sie die Weisungen jeweils bewertet und ob sie plant, sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zu den SGB II-Sanktionen auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Abmilderung von Sanktionen auch auf Hartz-IV-Empfängerinnen bzw. -Empfänger unter 25 Jahren ausgedehnt wird?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Mordes an einem Feuerwehrmann durch mutmaßlich eine Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund in Augsburg frage ich die Staatsregierung, wie es zu erklären ist, dass einer der mutmaßlichen Täter mehr als zwei Staatsbürgerschaften besitzt, ob die mutmaßlichen Täter bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten sind und ob die Staatsregierung der Auffassung zustimmt, dass angesichts der Tatsache, dass bei Mord und Totschlag laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) des Jahres 2017 42 Prozent der Täter Ausländer sind, diese Gruppe hingegen in Deutschland lediglich einen Bevölkerungsanteil von 10,9 Prozent aufweist, ein strukturelles Problem besteht und

keinesfalls von Einzelfällen gesprochen werden kann?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem für geförderte Projekte neu gegründeter Wohnungsbau- genossenschaften die Bonitätsanforderungen hinsichtlich des Eigenkapitals erleichtert wurden, frage ich die Staatsregierung, in wie vielen Fällen dies seither zur Anwendung gekommen ist, in wie vielen Fällen dem nicht stattgegeben wurde (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Regierungsbezirken) und inwiefern auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen gegebenenfalls ein weiterer Bedarf zur Erleichterung der Bonitätsanforderungen gesehen wird?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Nachdem die Landkreise Landshut, Ebersberg und München über den Verein „Wasserstoff-Landshut e. V.“ eine Bewerbung für das Modellvorhaben „Wasserstoffmodellregion HyBayern“ eingereicht haben, frage ich die Staatsregierung, inwieweit sie das Modellprojekt unterstützt, um Bayern als Wasserstoffstandort zu stärken, welche Bewerber (bitte Regionen mit angeben) sich an der bundeweiten Ausschreibung beteiligt haben und wie hoch das nachfolgende Investitionsvolumen geschätzt wird?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern die in der Regierungserklärung von Dr. Markus Söder im April 2018 angekündigte Initiative „Invest daheim“, mit der im Rahmen der Wirtschaftsagentur Bayern Unternehmensverlagerungen aus Ballungsräumen heraus in den ländlichen Raum hinein finanziell und organisatorisch unterstützt werden sollen, umgesetzt wurde (bitte unter Angabe der personellen Ressourcen in diesem Bereich), welche finanziellen Mittel aus dem Staatshaushalt hierfür 2019/2020 zur Verfügung stehen (bitte unter Angabe der jeweiligen Titel) und welche konkreten Förderungen bislang zugesagt wurden (bitte alle bisherigen Förderfälle nach Ursprungsort, Zielort und Fördersumme auflisten).

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Im Hinblick darauf, dass das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst den betroffenen bayerischen Universitäten (in Bamberg, Bayreuth, München, Nürnberg-Erlangen und Würzburg) in Aussicht gestellt hat, die versprochene 25 Prozent-Weiterfinanzierung von Projekten im Rahmen der Weiterführung der Exzellenzinitiative und -strategie gebildeten Exzellenzcluster mit Graduiertenschulen auch für die nächste Förderphase (Förderzeitraum November 2019 bis Oktober 2026) zu übernehmen, also mindestens in den nächsten sieben Jahren sicherzustellen, frage ich die Staatsregierung, wie diese 25 Prozent-Weiterfinanzierung der Graduiertenschulen an den Universitäten in Bamberg, Bayreuth, München (LMU und TUM), Nürnberg-Erlangen und Würzburg im Förderzeitraum November 2019 bis Oktober 2026 durch den Freistaat sichergestellt wird, ob entsprechende Mittel zum Nachtragshaushalt 2020 angemeldet wurden und wie die Zwischenfinanzierung bis zur Wirksamkeit des Nachtragshaushalts abgesichert und gewährleistet wird.

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien wurden die Empfänger der Stabilisierungshilfen bzw. Bedarfszuweisungen 2019 ausgewählt, welche Aspekte haben bei der Berücksichtigung der Marktgemeinde Markt Schwaben in 2019 eine Rolle gespielt, und welchen Einfluss können einzelne Abgeordnete auf die Auswahl der untersuchten Kommunen und die finale Entscheidung über die Mittelbewilligung nehmen?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann unterstützt die Staatsregierung mit Finanzmitteln die Konfuzius-Institute in Bayern (bitte Angabe nach Jahren, Finanzmittel und Institute), welche Chancen und Risiken sieht die Staatsregierung in Zusammenhang mit dieser Förderung, welche ausländischen Institute und Organisationen pädagogischer und weltanschaulicher Art erfahren eine vergleichbare Förderung (bitte Angabe nach Jahren seit 2009, Finanzmittel und Organisationen/Institute)?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Fördermittel für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus in Bayern in den vergangenen zwei Jahren entwickelt (bitte pro Jahr in absoluten Zahlen und pro Kopf angeben), plant die Staatsregierung eine Erhöhung der Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus in den kommenden Jahren und wenn nein, warum nicht?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie werden Förderbedarfe bei Kindern festgestellt, die im Rahmen des Einschulungskorridors zurückgestellt wurden – insbesondere auch bei Kindern, die keine Kita besuchen - und welche pädagogischen Angebote werden für diese Kinder zur Vorbereitung auf den Schulbesuch angeboten?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie leistungsstark (gemessen an Output und Umsatz) sind Betriebe in Justizvollzugsanstalten im Vergleich zu vergleichbaren gewerblichen Betrieben, wie kommt die Staatsregierung zu diesen Zahlen und worin sieht die Staatsregierung die Gründe für die Unterschiede in der Leistungsstärke?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Aufgrund der seit fast einem Jahr laufenden Konzeptionsphase der Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Augsburg frage ich die Staatsregierung, mit welchem Personalstand der konkrete Start der Außenstelle geplant ist (bitte aufschlüsseln nach Beschäftigungsbeginn in Augsburg bei Neueinstellung oder Bestandspersonal der Landeszentrale), welche Standorte vor einer endgültigen Entscheidung im Laufe der Konzeptionsphase geprüft wurden (Adressen und Quadratmeterzahlen bitte aufschlüsseln) und welche inhaltlichen Aufgaben die Außenstelle über eine reine Büro-Geschäftsstelle hinaus wahrnehmen soll?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen zur Gewaltprävention im öffentlichen Raum unterstützt und fördert die Staatsregierung in welcher finanziellen Höhe, und wie werden

---

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

dabei insbesondere Jugendliche angesprochen?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in öffentlich geförderten Tagesbetreuungseinrichtungen in Bayern in den Jahren 2012 bis 2019 entwickelt, wie hoch ist die Betreuungsquote der ein-, zwei-, oder dreijährigen Kinder in Bayern und wie hoch ist der aktuelle Anteil von Kindern in Bayern insgesamt, die durchschnittlich mehr als sechs Stunden in einer öffentlich geförderten Kindertageseinrichtung betreut werden (bitte alle Teilfragen nach Regierungsbezirken/Landkreisen und kreisfreien Städten bzw. nach Alter aufschlüsseln)?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die einzelbetriebliche Viehbesatzdichte in Großvieheinheiten je Hektar (GVE/ha) jeweils in den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Landwirtschaftsämter in Oberbayern seit 2013 entwickelt, wie hat sich die einzelbetriebliche Rinderbesatzdichte rohfutter-verzehrende Großvieheinheit je Hektar Rohfutterfläche (R-GVE/ha Rohfutterfläche) jeweils in den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Landwirtschaftsämter in Oberbayern seit 2013 entwickelt und wie hat sich der landwirtschaftliche Flächenbilanzüberschuss für Stickstoff seit 2013 jeweils in den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Landwirtschaftsämter in Oberbayern entwickelt.

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welches Konzept liegt den im Nachtragshaushalt 2019/2020 in der TG 58 im Kap. 02 03 veranschlagten Mitteln für die Gründung einer Stiftung zur Förderung des europäischen und internationalen Schüler- und Jugendaustausches („Bayerisches Auslandsinstitut“) zugrunde, wie wurde die Höhe der veranschlagten Mittel ermittelt und welche Akteure wurden bisher in die Konzeption miteinbezogen?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, aufgrund welcher Annahmen geht die Staatsregierung davon aus, dass ihr Maßnahmenpaket zum Zehn-Punkte-Plan der Bayerischen Klimaschutzoffensive die im Klimaschutzgesetz angestrebte Reduktion des CO<sub>2</sub>-Äquivalents der Treibhausgasemissionen in Bayern um mindestens 55 Prozent bis zum Jahr 2030, bezogen auf den Durchschnitt des Jahres 1990, erreicht, wurde hierzu ein Gutachten angefertigt und wenn nicht, wird ein solches Gutachten zur Ermittlung der Wirksamkeit des Maßnahmenpakets in Auftrag gegeben?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie setzt sich der Flächenverbrauch in Oberfranken in den letzten drei Jahren zusammen (bitte aufgeschlüsselt nach Bereichen Wohnen, Verkehr, Gewerbe etc.), wie verteilt sich der Flächenverbrauch regional in Oberfranken (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten und Bereichen Wohnen, Verkehr, Gewerbe etc.) und welcher Flächenverbrauch wird für das Jahr 2019 prognostiziert?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Betriebskosten der Berufsfachschulen für die generalistische Ausbildung finanziert werden, inwieweit die Aufwendungen für die Praxisanleitungen durch den Ausbildungsfonds abgedeckt sind und inwieweit Maßnahmen zur individuellen Förderung und ausbildungsbegleitende Hilfen für Auszubildende der generalistischen Pflegeausbildung zur Unterstützung der Träger der Ausbildung geplant sind?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beschäftigte in Bayern arbeiten aktuell in der Berufsgruppe der Post- und Zustelldienste (also Briefträgerinnen und Briefträger, Paketzustellerinnen und -zusteller etc.), wie verteilt sich diese Zahl auf die verschiedenen Beschäftigungsarten (v. a. ausdifferenziert nach den gängigen Kategorien wie Helferinnen bzw. Helfer und Fachkräften, Vollzeit- und Teilzeitkräften, sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten sowie ggf. weiteren Kategorien) und wie fällt der aktuelle Medianlohn der vollzeitbeschäftigten Helferinnen bzw. Helfer und Fachkräfte im Vergleich zum Medianlohn aller vollzeitbeschäftigten Menschen in Bayern aus?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche staatlichen Vorgaben gibt es für die Nutzung von Schießkinos (bzgl. Alter der Benutzer, Personenkreis, Waffengattung sowie Jagd- und Waffenrechtliche Erlaubnis) und hält die Staatsregierung diese Vorgaben für ausreichend?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Nachdem im Oktober ein dreijähriger Bub in Dillingen eines gewaltsamen Todes gestorben ist und sich laut eines Berichts des BR bereits zuvor die Hinweise gehäuft hatten, dass das Wohl des Kindes in der Familie gefährdet war, frage ich die Staatsregierung, wie konnte es dazu kommen, dass im Falle des Dillinger Jungen die Behörden trotz der sich häufenden Hinweise nicht eingegriffen haben?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem bei der Kabinetts-Pressekonferenz am 19.11.2019 verkündet wurde, dass das erste Bayerische Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht und ein Entwurf des Gesetzes auch bereits auf der Homepage des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz veröffentlicht wurde, frage ich die Staatsregierung, warum das Klimaschutzgesetz noch nicht in den Landtag eingebracht wurde, wann die Staatsregierung eine Einbringung plant und in welcher Weise die Mitglieder des Klimabeirats bei der Erarbeitung des Entwurfs im Vorfeld der Kabinettsberatungen eingebunden waren?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass der Freistaat Bayern zusammen mit Nordrhein-Westfalen derzeit ein Online-Verfahren entwickelt, um den Prozess zur Einbürgerung zu vereinfachen (vgl. [https://www.migazin.de/2019/11/11/einfacher-nrw-bayern-online-verfahren/?utm\\_source=wysija&utm\\_medium=email-&utm\\_campaign=MIGAZIN+Newsletter](https://www.migazin.de/2019/11/11/einfacher-nrw-bayern-online-verfahren/?utm_source=wysija&utm_medium=email-&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter)), frage ich die Staatsregierung, wie das Online-Verfahren zur Einbürgerung ablaufen wird und welche Vorteile sich die Staatsregierung im Vergleich zum bisherigen Verfahren verspricht?

---

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Hiermit frage ich die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler in etwa von ADHS betroffen sind, welche schulischen Fördermaßnahmen es gibt und inwiefern die Lehrkräfte etwa durch Fortbildung und Handreichungen hierbei unterstützt werden.

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welche der rund 170 Synagogen und jüdischen Einrichtungen in Bayern wurden die vom Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann im Oktober 2019 angekündigten drei Mio. Euro Sondermittel für technische Schutzmaßnahmen ausbezahlt (bitte Auflistung nach Zuwendungsempfängerin, Zuwendungshöhe), wie hoch sind die Kosten, die die Synagogen und jüdischen Einrichtungen in Bayern darüber hinaus selbst für ihre Schutzmaßnahmen tragen müssen (bitte Auflistung nach Synagoge bzw. Einrichtung) und in welcher Höhe werden nun, wie von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt, weitere Mittel zur Erhöhung der Sicherheit von Synagogen und jüdischen Einrichtungen in Bayern bereitgestellt?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie soll die U18-Wahl bei den Kommunalwahlen in Bayern durchgeführt werden, wann sollen die Ergebnisse veröffentlicht werden und will die Staatsregierung ein bayernweit einheitliches System angelehnt an die bisherige Durchführung?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie bzw. eine unter ihrer Aufsicht stehende Uniklinik das Rinecker Proton Therapy Center (RPTC) in München bzw. die dort vorhandenen Geräte übernehmen zur Sicherstellung der Weiterführung der Protonentherapie in Bayern, falls nein, warum nicht und falls ja, inwiefern wird dies umgesetzt?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Bearbeitungsstadium befindet sich das von Dr. Markus Söder in seiner damaligen Funktion als Heimatminister im September 2017 in Aussicht gestellte Gutachten zur besseren Verkehrserschließung der Plassenburg in Kulmbach (vgl. Artikel „Bald freie Zufahrt zur Burg?“ auf <https://www.infranken.de> vom 11.09.2017; „Söder bei der Bierwoche: Fünf Fragen an den Ministerpräsidenten“ auf [www.infranken.de](http://www.infranken.de) vom 28.07.2018), wann ist mit der Veröffentlichung des Gutachtens zu rechnen und welche Inhalte sind bereits jetzt bekannt?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen sind die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Landtagsabgeordneten [REDACTED] bis heute nicht abgeschlossen, nachdem der Landtag die Immunität des Abgeordneten bereits im September aufgehoben hat, sind die Generalstaatsanwaltschaft und das Staatsministerium der Justiz in die Ermittlungstätigkeit eingebunden und bis wann ist mit dem Abschluss der Ermittlungen zu rechnen?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Position vertritt sie im Bundesrat bezüglich des Gesetzesantrags des Landes Nordrhein-Westfalen „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des § 13b Baugesetzbuch (Baugesetzbuchänderungsgesetz – BauGBÄG) auf BR-Drs. 612/19, wie bringt die Staatsregierung ihre Positionierung zu diesem Antrag mit dem im Koalitionsvertrag selbst gesteckten Ziel die Flächenneuanspruchnahme in Bayern auf täglich fünf Hektar zu begrenzen in Einklang, so wie es der jüngst vorgelegte Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes auf LT-Drs. 18/5170 zumindest fordert und welche neuen empirischen Erkenntnisse hat die Staatsregierung seit ihrer Antwort vom 27.03.2019 auf die Schriftliche Anfrage „Auswirkungen des § 13b BauGB auf den Flächenfraß in Bayern“ auf LT-Drs. 18/1293 gewonnen, die nahelegen, dass der § 13b BauGB einen signifikanten Beitrag zur Schaffung von bedarfsgerechtem, bezahlbarem Wohnraum leistet statt Flächenverbrauch am Bedarf vorbei unnötig anzuheizen?